

der / des NPD-Fraktion

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich

- a) dem VW-Konzern eine dringliche Mitteilung zukommen zu lassen, daß der Freistaat Sachsen es für förderrechtlich unzulässig hält, den Neoplan-Produktionsstandort Plauen zu schließen, während der mit Mitteln des Freistaates geförderte Aufbau neuer Werksteile noch im Gange ist, und
- b) die sonstigen  
förderrechtlichen und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Verhinderung der Schließung des Neoplan-Produktionsstandortes Plauen festzustellen und umzusetzen.

Dr. Johannes Müller, MdL  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Am Montag, den 19.05.2014 wurde der Oberbürgermeister der Stadt Plauen, Ralf Oberdorfer, von einem Vertreter der VW-Konzernleitung über die bereits gefallene Entscheidung zur Schließung des Neoplan-Standortes in Plauen informiert. Zeitgleich erhielt auch der Plauener Neoplan-Betriebsrat die Information.

Es wird beantragt, den Antrag für **dringlich** zu erklären.

Eingegangen am: \_\_\_\_\_ Ausgegeben am: \_\_\_\_\_

Der Oberbürgermeister erklärte hierzu: *„Ich bin bestürzt, verärgert, voller Unverständnis. Erst im September 2011 hatte mich derselbe Konzernvertreter zur Grundsteinlegung für eine rund 20-Millionen-Euro-Investition – das neue Logistikzentrum – eingeladen. Das Bauvorhaben ist noch nicht einmal beendet. (...) Ich werde in den nächsten Tagen die Gespräche mit der Konzernleitung, der örtlichen Geschäftsleitung, den Betriebsräten und der Gewerkschaft suchen. In dieser, für Plauen so schlimmen Stunde, müssen Stadt, Kreis und Freistaat Sachsen, Oberbürgermeister, Landrat und Ministerpräsident, Landespolitik und Bundespolitik an einem Strang ziehen. Ich fordere die Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen. Es geht um die wirtschaftliche Entwicklung des Vogtlandes und der Stadt Plauen.“*

Von der Werksschließung sind 420 Beschäftigte betroffen. Diesen Mitarbeitern soll zwar dem Vernehmen nach eine Alternativbeschäftigung bei VW in Zwickau angeboten werden. Trotzdem bedeutet die Schließung des letzten großen Industriestandortes in Plauen eine sozioökonomische Katastrophe für die Stadt und das Vogtland. Der angekündigten Schließung ist eine Reihe anderer Produktionseinschränkungen /-verlagerungen und Schließungen vorausgegangen, zuletzt die Schließung des Plauener Werkes des insolventen Druckmaschinenherstellers Manroland Ende 2011.

Nach Auffassung der Antragstellerin hat die Staatsregierung eine Reihe von Handlungsoptionen, die allerdings rasch wahrgenommen werden müssen, wenn sie zur Verhinderung der Werksschließung führen sollen.

### **Begründung der Dringlichkeit:**

Da der Beschluß der VW-Konzernführung erst am 19. Mai 2014 der Stadt Plauen und dem Neoplan-Betriebsrat mitgeteilt und am 20. Mai offiziell bekannt wurde, bestand keine Möglichkeit, diesen Antrag fristgerecht einzureichen.

Auf der anderen Seite ist in der eingetretenen Situation ein unverzügliches Einschreiten der Sächsischen Staatsregierung unabdingbar. Um dieses sicherzustellen und auch um das entschlossene sächsische Eintreten für den Plauener Neoplan-Standort der VW-Konzernleitung gegenüber zu bekunden, ist eine entsprechende Erklärung des Sächsischen Landtages erforderlich.

Bei einer Verschiebung der Beratung und der Beschlußfassung des Sächsischen Landtages über den vorliegenden Antrag auf die Plenarsitzungen am 18. und 19. Juni 2014 würden weitreichende Vorbereitungen für die Schließung des Neoplan-Standortes Plauen durchgeführt und damit die Werksschließung und die Verlagerung der Produktion in die Türkei schon aus rein praktischen Gründen unumkehrbar werden. Außerdem würden unter Umständen rechtliche Positionen des Freistaates Sachsen durch Zeitablauf verloren gehen.